

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Kontokonto: Eöchl, Staatbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, L.-O., Dresden.
Gebrüder Kumböck, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis einschließlich Frachtkosten mit der täglichen Lieferungsbedingung: 1,10 Mark. Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2591. Sperrkette nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2591 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abonnementspreis: Grundpreis: die 30 mm breite Monatshefte 2,40 Mark, die 30 mm breite Monatshefte 2,40 Mark, für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 250 Pf. Familienabonnements, Zeilen- und Wochensätze 40 Pf. Rabatt. Für Verlagslieferung 10 Pf.

Nr. 106

Dresden, Montag den 7. Mai 1928

39. Jahrg.

Volksrechtspartei und Sozialdemokratie

Von Wilhelm Keil, W. d. R.

Eine der kleinen Parteien, die bei dieser Wahl zum Reichstag auftreten, ist die Volksrechtspartei. Sie gilt als die Vertretung eines Teiles der enttäuschten Sparer und Gläubiger. Ihr Hauptziel ist, den Betrag rückgängig zu machen, den die Deutschnationalen im Jahre 1925 an den Opfern der Inflation verliert haben.

Man kann es verstehen, daß in den Kreisen der verarmten Wähler, die erst von den Deutschnationalen mit demnächstigen Versprechungen eingefangen und dann von ihnen betrogen wurden, eine grenzenlose Empörung herrscht. Hat es aber einen Sinn, zur Lösung einer Einzelfrage eine neue Partei zu gründen? Im günstigsten Falle könnte die Volksrechtspartei ein halbes bis ein Dutzend Mandate erringen. Eine solche Gruppe könnte nur das Elend der Parteijeripplerei verschlimmern, aber keinen Gewinn zu gewinnen in einem Reichstag von 500 Mitgliedern. Es kann aber auch so kommen, daß alle der Volksrechtspartei zuzurechnenden Stimmen wertlos sind. Das wäre der Fall, wenn die Partei in keinem Wahlkreis 50 000 Stimmen bekäme. Dann bliebe sie ohne Mandat und ihre sämtlichen Anhänger hätten ihr Wahlrecht verscherzt.

Die Sozialdemokratie, die es bei der letzten Wahl abgelehnt hatte, Aufwertungsversprechen zu machen, hat im Reichstag für die Sparer und Gläubiger zu retten versucht, was nur irgend möglich war. Nicht einzelne ihrer Abgeordneten sind für eine gerechte Aufwertung eingetreten, sondern es hat dort gefogt wird, sondern die Fraktion stand stets einmütig hinter den Anträgen ihrer Vertreter. Diese Anträge, die sowohl dem Aufwertungsgezet als dem Aufwertungsgezet ein ganz anderes, den Gläubigern freundliches Gesicht zu geben bestimmt waren, ließen sich 1925, als seit der Inflation erst 1 1/2 Jahre verstrichen waren, noch gut durchsetzen. Nachdem uns nun 4 1/2 Jahre vom Abschluß der Inflationperiode trennen und die Durchführung der Geetze des Bürgerblocks seit 3 Jahren im Gange ist, ist eine völlige Neuaufstellung der Aufwertungsfrage, auf die

manche noch hoffen, nicht mehr möglich. Schon im vorigen Jahr, als die Sozialdemokratie einige grobe Särten der Aufwertungsgeetze zu beseitigen beantragte, erklärte der deutschnationale Finanzminister, daß an den Grundfragen des Aufwertungsrechts nicht mehr gerüttelt werden dürfe, und sämtliche Parteien des Bürgerblocks schlossen sich ihm an. Im nächsten Reichstag wird auf dem Gebiete der Aufwertung nur dreierlei noch möglich sein:

1. Die Beseitigung derjenigen Mängel des Aufwertungsrechts, deren Abstellung ohne Erwirkung des neu geschaffenen Rechtsverhältnisses und ohne Erschütterung des Wirtschaftens geschehen kann.
2. Die scharfe Beaufsichtigung der mit der Durchführung der Aufwertungsgeetze befaßten Behörden, damit wenigstens das geltende Recht bis zur Grenze des Möglichen zugunsten der Verarmten und Unglücklichen angewandt wird.
3. Eine ausdehnende Fürsorge für die Kleinentner auf Grund eines Rechtsanspruches, der aber nicht nur einer kleinen Oberschicht, sondern möglichst weiten Kreisen derer, die ihre Sparguthaben verloren haben, zugute kommt.

Für diese Ziele wird die Sozialdemokratie eintreten. Sie wird es mit um so größerem Erfolg tun können, je stärker sie ist. Geben die enttäuschten Sparer und Gläubiger ihre Stimme der Sozialdemokratie, die schon bisher eifrig für sie eingetreten ist, so erreichen sie mehr, als wenn sie einige einflusslose Abgeordnete einer neuen Partei wählen oder gar ihre Stimmen vergeuden für eine Partei, die keine Abgeordneten bekommt.

Durch Unterstützung der Sozialdemokratie verschaffen sich die notleidenden Kleinentner zugleich einen Schutz gegen die Verteuerung der Lebensmittel, die Vermehrung der Verbrauchsteuern, die Steigerung der Mieten und sonstige Belastungen, von denen sie noch härter betroffen werden als die Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie als die Partei aller wirtschaftlich Schwachen ist auch die Partei der vom Volkbürgerblock schändlich betrogenen Sparer und Gläubiger.

Kinderelend - Panzerkreuzer

Und noch dazu die Zölle!

Noch viel zu wenig bekannt ist das grenzenlose Kinderelend in Deutschland, das jeden erschauern muß, der es aus der Nähe gesehen hat. Der Bürgerblock stimmt sich nicht darum, und wenn es galt, für hungernde Proletarierkinder etwas zu tun, erklärte die Regierung jets, daß kein Geld da sei. Der Bürgerblock hatte andere Sorgen. Er mußte die erste Rate für den Bau eines nutzlosen Panzerkreuzers bewilligen, der insgesamt 80 Millionen Mark kosten wird. Er mußte für die Reichswehr 700 Millionen Mark in den Etat einlegen und den Ruhrindustriellen 715 Millionen Mark in die Taschen schieben. Aber die von der Sozialdemokratie beantragten fünf Millionen Mark für Kinderpeinigung wurden abgelehnt.

Das geschah, obwohl die Regierung und die Parteien des Bürgerblocks genau wußten, wie schlimm es um den Ernährungs- und Gesundheitszustand der Schulkinder steht. Selbst der deutschnationale Innenminister v. Kundell mußte in seiner Denkschrift, die er am 24. Januar 1928 dem Reichstag überreichte, feststellen,

daß in einigen Bezirken dadurch, daß die Schulkinderpeinigungen in vermindertem Maße als im Vorjahre durchgeführt wurden, ein Rückgang im Ernährungs- und Gesundheitszustand der Kinder eingetreten sei.

Aber darüber hinaus mußte vom Reichsgesundheitsamt eine grauenhafte Feststellung gemacht werden. An einem Stichtag wurde im Waldenburger Bergbauort ermittelt,

daß 41 Prozent der Kinder ohne warmes Frühstück zur Schule gekommen waren und für 25 Prozent der Kinder auch Schulschlaf zu Hause kein warmes Mittagessen bereitzahen.

In vielen andern Bezirken ist es nicht besser. Auch in Berlin wurde in einer früheren Untersuchung festgestellt, daß in einem Schulbezirk (Wrenzlauer Berg) 7380 Kinder regelmäßig ohne erstes und 208 Kinder ohne zweites Frühstück zur Schule kommen.

Dazu kommt noch, daß die Schulkinder unter dem entsetzlichen Wohnungselend schwer zu leiden haben und dadurch in ihrer Entwicklung in hohem Maße ungenügend beeinträchtigt werden. Nach einer Mannheimer Statistik ist ein großer Teil der Wohnungen, in denen Schulkinder wohnen, überfüllt, und zwar:

51,6 Prozent der zweiräumigen Wohnungen
23,4 „ „ dreiräumigen
16,5 „ „ vier- und mehr-räumigen

Aber auch für die Verringerung des Wohnungselends hat der Bürgerblock kein Geld. Er muß seine Panzerkreuzer bauen. Was nützen alle Geetze zum Schutz der Jugend, wenn in wirtschaftlicher, sozialer und gesundheitlicher Beziehung nichts Durchgreifendes für die Jugend geschieht? Die wirtschaftliche Not der Eltern zwingt oftmals zur Kinderarbeit.

Weit mehr, als in der Öffentlichkeit bekannt ist, werden schulpflichtige Kinder zur Erwerbsarbeit herangezogen. In Mannheim wurde festgestellt, daß von 10 000 Schulkindern der dritten bis siebenten Klasse

3029 erwerbsfrei waren,
4132 im Haushalt beschäftigt,
1200 mit Ausstragen beschäftigt,
199 in der Landwirtschaft beschäftigt,
274 in der Hausindustrie beschäftigt,
109 in der Wirtschaft beschäftigt,
46 im Theaterberuf beschäftigt,
28 im Musikberuf beschäftigt,
67 haben diverse Berufe.

Zu berücksichtigen ist noch, daß wahrscheinlich nicht alle erwerbstätigen Kinder festgesetzt werden konnten, weil viele Eltern ihren Kindern verboten haben, anzugeben, daß sie arbeiten müssen. Am schlimmsten ist das Kinderelend natürlich in den Bezirken der Heimarbeiter. Ich war im Dezember 1927 selbst bei den Heimarbeitern der Thüringer Spielwarenindustrie. Dort werden in den Spielwarenfabriken 60 Prozent und mehr der Schulkinder in der Spielwarenindustrie beschäftigt. Ich sah die Kinder mit ihren bleichen Wangen selbst bei der Arbeit. Bei nächtlichen Besuchen in Heimarbeiterwohnungen konnte ich zuweilen feststellen, daß Schulkinder mit ihrer halbtägigen Arbeit in der Hand über dem Arbeitslohn eingekauft waren. Der Ernährungs- und Gesundheitszustand dieser Kinder ist denkbar schlecht. In einem Dorf konnte ich auf Grund der letzten Schulkinderuntersuchungen ermitteln, daß der Ernährungs- und Gesundheitszustand nur bei 22 Prozent gut war, bei 38 Prozent mittel und bei 40 Prozent schlecht! Einen besonders schlimmen Fall stellte ich in Sonneberg fest. Eine Heimarbeiterfamilie, die täglich 14 Stunden arbeitet, beschäftigt ihre drei Schulkinder mit und verdient pro Woche 20 Mark. Die drei Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren müssen täglich nach der Schule von 17 bis 23 Uhr mitarbeiten. Sie arbeiten die Kinder auch noch in der weitestgehenden Mittagspause. Dieser Fall des merkwürdigen Raubbaus an der Gesundheit der Kinder steht aber keineswegs vereinzelt da.

Die Kinder einer Dreimer-Verjudenstraße haben mit Heimarbeiterkindern aus Thüringen einen Pflanzwechsel ge-

Japanischer Krieg in China

S. London, 5. Mai. (Sig. Drahtber.)

Die Lage in Tsinanfu, der Hauptstadt der Provinz Schantung, wird immer unübersichtlicher, und die aus chinesischen, japanischen und japanischen Quellen stammenden Meldungen sind widersprüchlicher als jemals seit Beginn des Kampfes in China. Die japanischen (soweit bekannt) behaupten, daß die japanischen Truppen und dem japanischen Expeditionskorps, das längs der Grenze der Fremdenmission von Tsinanfu in Stellung genommen ist, auch am Sonnabend noch andauernd. Die aus Tokio kommende Sensationsmeldung, wonach angeblich eine japanische Division, darunter auch Frauen, in Tsinanfu von Truppen der nationalistischen Armee getötet worden seien, ist vielfach falsch, sie soll wohl die großen Truppenverbände nach China vor der Verdrängung durch die Japaner. Die nationalistische Kuomintang-Regierung in Nanking hat die Verletzung der Neutralität durch Japan protestiert, ebenso die reaktionäre Peking-Regierung Tchangsching.

Es lebe das revolutionäre China

Die chinesische Nationalpartei Kuomintang, Sektion Deutschland, sendet uns folgendes Manifest:

An das japanische Volk!

Die Kuomintang, Sektion Deutschland, protestiert auf das heftigste gegen die Truppenbewegung der japanischen Imperialisten nach dem Gebiet des Nordens, der Provinz Schantung. Es ist der ganzen Welt bekannt, daß die japanische imperialistische Politik China gegenüber in den letzten Jahrzehnten immer danach strebt, ein erstarrendes China nicht emporkommen zu lassen. Daher haben die japanischen Imperialisten nicht nur die chinesischen vaterlandsbewussten Militärs des Nordens verdrängt, um die chinesische Nationalrevolution zu erwürgen, sondern es ist von ihnen auch der Versuch gemacht worden, mit den imperialistischen Chinesen zu liebäugeln, um den Bürgerkrieg in China zu verlängern, damit sie im trüben fischen können.

Neuere sind die japanischen Räuber wieder in die Provinz Schantung eingedrungen. Warum? Weil wir mit unserer vaterlandsbewussten Kuomintang die Rechte der vaterlandsbewussten Militärs völlig beseitigen und ein einheitliches China schaffen wollen, und weil die japanischen Imperialisten ihre kaiserliche Schamlosigkeit Tsinanfu wieder vor ihrer Vernichtung retten und das revolutionäre chinesische Volk nicht mehr belächeln wollen. Aber diesmal ist es den japanischen Imperialisten schicksalhaft bekommen. Wie nur die revolutionäre Schutzmilizionenkampft kämpft gegen diesen imperialistischen Einfall bis zum letzten Mann auf Leben und Tod, und das japanische Volk wird der imperialistischen Politik der Kuomintang entgegenstellen. Erwachende japanische Schamlosigkeit der Kräfte in Japan ist durch diesen imperialistischen Einfall in China gefährdet. Die Zusammenarbeit unserer beiden Völker ist dadurch unendlich gewandt worden.

Wir verlangen die sofortige Zurückziehung der japanischen Truppen aus dem Gebiet des Nordens. Reigt eure Solidarität mit unserer Nationalrevolution! Nicht mit dem japanischen Imperialismus! Nicht mit dem Ueberrest der vaterlandsbewussten chinesischen Militärs!

Es lebe die herrliche Revolution der Nordens-Strategie!

Es lebe die chinesische Nationalrevolution! Es lebe das einheitliche revolutionäre China!

Exekutivkomitee der Kuomintang, Sektion Deutschland.

Die unbequeme Verfassung

Hugenberg läßt die Rahe aus dem Sack!

D. Berlin, 7. Mai. (Sig. Funkdruck.) In einer deutschnationalen Versammlung in Pocholt hat Hugenberg gesprochen und die Revision der Verfassung von Weimar in folgenden Sätzen gefordert:

„Die Aenderung des § 54 der Reichsverfassung, der in seiner jetzigen Form oft Kabinetskrisen hervorgerufen habe, müsse endlich zur Tatsache werden. Nicht die einzelnen Fraktionen dürfen den Minister stellen, sondern diese sollen durch den Reichspräsidenten befehligt werden. Außerdem müsse zwischen Reich und Preußen eine enge Verbindung hergestellt werden, damit eine einheitliche Politik getrieben werden könne. Der Reichspräsident müsse gleichzeitig vereinfachter Staatspräsident sein.“

Das ist eine Revision der Verfassung von Weimar in der Richtung der Verfassung von 1871. Das ist eine sehr deutliche Erklärung der deutschnationalen Wahlplakate, auf denen lediglich „mehr Rechte für den Reichspräsidenten“ gefordert werden. Hugenberg hat den Wähler der Reichsregierung auch das Wörtchen aufgetischt, daß die Wähler der Reichsregierung einen deutlichen Rück nach rechts gezeigt hätten — er vergaß nur die Kleinigkeit hinzuzufügen, daß schon seit genau vier Jahren der Abmarsch der Wähler von den allerdings in der Inflation gewaltig aufgeblähten Deutschnationalen eingeleitet hat.

Parteitag der Pariser Sozialisten

P. Paris, 7. Mai. (Sig. Funkdruck.) Der Parteitag der Sozialisten des Seine-Bezirks ist gestern noch lebhaften Debatten abgetrieben worden. Den endgültigen Wortlaut einer Entschließung zur Feststellung der in der Debatte vorgeschlagenen Aufgaben und Meinungen wird eine Kommission vornehmen. In 14 Tagen wird dann darüber abgestimmt werden. Der Hauptgegenstand der Diskussion bildete die berechtigten Kritik an der arbeitereindlichen Wahlpolitik der Kommunisten, die bekanntlich einer großen Zahl von Reaktionsären zum Sieg verhalfen. Unter dem Vorwand der Verknüpfung bezogene Leon Blum diese Politik als ebenso kurzfristig wie unmoralisch. Die Anhänger der Politik des unbedingten Zusammengehens mit den Kommunisten haben nach diesen Wählerverhältnissen begrifflichweise im Schoße der sozialistischen Partei hart an Boden verloren. Es war gestern nicht ein einziger mehr, der offen dafür eintrat, die Einheitsfront mit ihnen trotz alledem zu versuchen. Ebenjenseitig aber konnten sich die Seine-Sozialisten dafür entscheiden, mit den Sozialisten zusammenzugehen, von denen nur allzuwiele eine Politik der „Nationalen Einheit“ und der Unabhängigkeit an Poincaré propagierten. Im übrigen trat der Parteitag dafür ein, der Parlamentarisation möglichst große Hindernisse zu setzen.